

# In Bolivien brennt nicht nur der Wald

Nach den verheerenden  
Bränden: Stimmen aus der  
Chiquitanía



FOTOS: AUS DEM FILM VON NICOLE MARON OSCAMAYTA, S.U.

**Die Brände im Herbst 2019 haben in Bolivien nicht nur immense Flächen Wald und Weideland zerstört, sondern auch die politische Debatte rund um die Präsidentschaftswahlen angeheizt. Unerwähnt bleibt dabei oft die Mitverantwortung, die die Industrieländer an der sogenannten Umweltkatastrophe tragen.**

**Z**wischen August und September 2019 sind in Bolivien laut der Stiftung Naturfreunde (*Fundación Amigos de la Naturaleza – FAN*) mehr als 5,3 Millionen Hektar Wald, Felder und Weideflächen abgebrannt, eine Fläche, die größer ist als ganz Niedersachsen. Am stärksten betroffen war nicht in erster Linie der Regenwald im Amazonasgebiet, sondern der Trockenwald in der Region Chiquitanía, Santa Cruz. In den betroffenen Regionen befinden sich über 20 Naturschutzgebiete, Heimat von Tausenden von Tier- und Pflanzenarten sowie von Hunderten von indigenen und anderen ländlichen Gemeinden, für die die Auswirkungen der Brände auch ein halbes Jahr später noch eine existenzielle Bedrohung darstellen. Die meisten leben als Selbstversorger\*innen von Ackerbau und Viehzucht, einige verkaufen einen Teil ihrer Produktion, Zitrusfrüchte, Bananen oder Kaffee, auf den lokalen Märkten. Das Feuer hat vielerorts nicht nur die komplette Ernte zerstört, sondern auch das Saatgut für die nächste Saison sowie Futtermittel und Grasflächen fürs Vieh.

Bei einem Besuch in der betroffenen Region wurde uns das Ausmaß der Katastrophe für die Kleinbauerngemeinden bewusst. Nach einer zweistündigen Fahrt durch den Wald, während der das Prasseln des Feuers mal leiser, mal lauter zu hören war und der Rauch zunehmend dichter wurde, gelangten wir in die ländliche Gemeinde Río Blanco in Concepción im Departement Santa Cruz, in der das Feuer sämtliche landwirtschaftlichen Parzellen zerstört hat. „Wir

haben dieses Jahr zum ersten Mal Kaffee angepflanzt, doch davon ist nichts übrig geblieben, auch nicht von der Bananenernte“, sagt Anacleto Pinto, der Sohn des Dorfvorstehers. „Außerdem wissen wir nicht, wie unsere 120 Kühe die Monate überleben sollen, bis das Gras wieder nachwächst.“ Tatsächlich zeichnet sich bei den Tieren jede Rippe ab, während sie auf den abgebrannten, von weißer Asche übersäten Böden hin und her gehen, auf der Suche nach den ersten kleinen Grasbüscheln. Hinzu kommt die Vergiftung von Flüssen und Trinkwasserquellen durch die Asche, was mancherorts zu drastischem Fischsterben führte. Die Wälder selbst werden laut der Einschätzung von Biolog\*innen bis zu 200 Jahre brauchen, um nachzuwachsen und sich als Ökosysteme zu regenerieren.

**D**ie Waldbrände haben im Jahr 2019 nicht nur flächenmäßig ein erheblich größeres Ausmaß angenommen als in den letzten 20 Jahren, sondern auch bezüglich der medialen Aufmerksamkeit und der politischen Instrumentalisierung. Im Vorfeld der Präsidentschaftswahlen vom 20. Oktober 2019 wurden dem damaligen Staatspräsidenten Evo Morales, dessen Wiederwahl umstritten war, bezüglich der Brände zwei Dinge vorgeworfen, einerseits das aktuelle Wirtschaftsmodell, das stark auf industrielle Landwirtschaft setzt, andererseits die Ansiedlung von Binnenmigrant\*innen aus dem Hochland in den Tieflanddepartements, vor allem in Santa Cruz, um Wählerstimmen in der traditionellen Hochburg der Opposition zu gewinnen. „Die *Collas*<sup>1</sup> wissen eben nicht, wie man richtig brandrodet“, hieß es immer wieder, obwohl längst nicht überall, wo das Feuer außer Kontrolle geriet, Migrant\*innen aus dem Hochland am Werk waren. Hinter den Anschuldigungen steckt ein jahrelanger Konflikt um Territorien. Gemäß der Organisation *Fundación Tierra* hat die nationale Landwirtschaftsbehörde INRA zwischen 2010 und 2019 allein im Departement Santa Cruz mehr als 1200 neue Siedlungen mit einer Gesamtfläche von über 1,5 Millionen Hektar autorisiert. Mehr als die Hälfte der Besitzer\*innen stammt aus anderen Departements, in erster Linie

Film der Autorin: *Alto el fuego – frente a incendios y cambio climático*, auf Youtube

1) abwertende Bezeichnung für Menschen aus dem andinen Hochland

aus dem Hochland. Dabei handelt es sich laut *Fundación Tierra* nicht um Landtitel, die in einem standardmäßigen Verfahren verliehen wurden, sondern um Genehmigungen, die vom Direktor der INRA in Eigenregie durchgewinkt wurden. Auch wenn längst nicht alle Siedlungen, die Landtitel von der INRA erhalten haben und ihre Territorien auch tatsächlich landwirtschaftlich nutzen, von den Bränden betroffen waren, ist mit Satellitenbildern nachweisbar, dass in vielen Fällen Feuer, die zur Brandrodung oder zum Abbrennen von Weideflächen gelegt worden waren, außer Kontrolle geraten und auf den Wald übergegangen sind. „Das Brandroden wird hier schon sehr lange praktiziert“, gibt Patricia Patiño zu bedenken, die in ihrer Tätigkeit bei der Organisation APCOB seit vielen Jahren indigene Gemeinden beim Aufbau von einkommensfördernden Projekten begleitet. „Doch aufgrund des Klimawandels geraten die natürlichen Zyklen immer mehr durcheinander. Normalerweise warten die Gemeinden den ersten Regen ab, um zu brandroden, doch dieses Jahr kam zu einer extremen Trockenheit ein großer Frost hinzu, der die Böden noch mehr austrocknete, und der Regen blieb aus.“ So blieb den Menschen nichts anderes übrig, als die Felder noch in der Trockenzeit für die Saat vorzubereiten, sprich brandzuroden.

Schuld an den Waldbränden war in den Augen vieler auch die Regierung von Evo Morales selbst, der 2019 durch ein Dekret explizit „kontrollierte Brandrodungen“ legalisierte. Umweltaktivistin Alejandra Crespo, Gründungsmitglied der zivilgesellschaftlichen Initiative CODAPMA (*Coordinadora por el Medio Ambiente*), betont, dass bereits seit 2011 systematisch neue Gesetze eingeführt wurden, die im Namen der wirtschaftlichen Entwicklung die Rechte der Natur und der indigenen Völker verletzen, und zwar im Widerspruch zu verfassungsmäßig verankerten Prinzipien wie dem *Buen Vivir* oder dem 2012 eingeführten „Gesetz der Mutter Erde“ (*Ley de la Madre Tierra*). „Im Ausland ist Bolivien für seine fortschrittlichen Gesetze im Bereich Umwelt bekannt, zum Beispiel weil Mutter Erde als Rechtssubjekt in der Gesetzgebung verankert ist“, sagt Alejandra Crespo. „Doch leider sind diese Gesetze rein symbolisch. In der Realität entscheiden diejenigen Sektoren, die am meisten Macht haben. Und die folgen alle einer extraktivistischen Logik: Bergbauminen, Förderung fossiler Brennstoffe und industrielle Landwirtschaft.“ CODAPMA und andere Umweltorganisationen haben die Regierung wiederholt aufgefordert, die entsprechenden Gesetze zu annullieren. „Wir gehen allerdings davon aus, dass sich auch die nächste Regierung, egal aus welcher politischen Ecke sie kommt, den Interessen der Agroindustrie beugen und genauso weiterwirtschaften wird“, konstatiert Crespo. Tatsächlich hat die Übergangsregierung unter Jeanine Añez, deren Aufgabe eigentlich in erster Linie die Organisation von Neuwahlen wäre, im Januar 2020 ein Dekret erlassen, das den Export von landwirtschaftlichen Produkten wie Mais, Soja und Fleisch erleichtert.

Im Hinblick auf die politische Debatte und Stimmung im Vorfeld der Wahlen war die Frage, wer an den Waldbränden Schuld sei, durchaus zentral. An der hochemotionalen und wenig sachlichen Diskussion darüber zeichnete sich ab, wie tief die gegenseitigen Ressentiments zwischen Hoch- und Tiefland in Bolivien noch sind, auch wenn sie erst bei den Protesten nach den Wahlen richtig ausarteten. Für den Kontext der Waldbrände stellt dieser Streit jedoch nur einen, nicht sehr zentralen, Aspekt dar. Gemäß *Fundación Tierra* entfielen im Departement Santa Cruz nur 6 Prozent der abgebrannten Flächen, die in Privatbesitz sind und landwirtschaft-

lich genutzt werden, auf die Parzellen von Kleinbäuer\*innen, 44,8 Prozent dagegen auf Flächen, auf denen die Agrarindustrie produziert. Zurzeit sind in Bolivien 60 Prozent der landesweit abgeholzten Flächen für die industrielle Viehzucht bestimmt. Es ist keine Überraschung, dass das Gebiet, das am stärksten von den Waldbränden betroffen war, ziemlich genau mit der Zone übereinstimmt, in der die Agrarindustrie besonders präsent ist. Die Wirtschaft freut's: Nach dem Abschluss eines neuen Abkommens hat Bolivien im zweiten Halbjahr 2019 20 Millionen Tonnen Fleisch nach China exportiert, fünf Mal mehr als im Vorjahr.

Doch auch das gegenseitige Ausspielen von industrieller Landwirtschaft versus Kleinbauerntum greift zu kurz. Die europäischen Medien kritisieren gern Figuren wie Evo Morales oder Jair Bolsonaro für Abholzung oder die Kontaminierung von Böden und Wasser durch Bergbau und Ölförderung. Berechtigterweise – einerseits. Andererseits kann man nicht über Extraktivismus und die Ausbeutung natürlicher Ressourcen sprechen, ohne sich zu fragen, wo die Güter konsumiert werden, die in den Ländern des Südens ohne Rücksicht auf Schaden an Mensch und Natur produziert werden.

Das aktuelle globale System beruht auf einer internationalen Arbeitsteilung, welche die Länder des Südens bis zu einem gewissen Grad dazu zwingt, als Lieferanten von Rohstoffen oder Agrarprodukten zu fungieren. „Die aktuelle Wirtschaftspolitik folgt der Logik der Kolonialzeit, nur dass nun nicht mehr ausschließlich ausländische Mächte davon profitieren, sondern auch zum Beispiel die hiesige Agroindustrie“, sagt Alejandra Crespo. Deshalb setzen Umweltinitiativen wie CODAPMA bei der eigenen Regierung an: „Wir fordern, dass Bolivien seine Souveränität gewährleistet, vor allem seine Ernährungssouveränität, und aufhört, den Forderungen der internationalen Konzerne zu gehorchen, die immer noch unsere Rohstoffe billig exportieren, um sie als weiterverarbeitete Produkte zu hohen Preisen auf den Markt zu bringen. Wenn wir endlich aus der kapitalistischen und extraktivistischen Logik aussteigen würden, wäre eine andere Form von Entwicklung möglich. Schließlich verfügt Bolivien über ein großes Potenzial.“

Dennoch lässt sich die Mitverantwortung, die Industrieländer an der aktuellen planetaren Krise tragen, nicht wegdiskutieren. Im Fall der Abholzung und der Waldbrände besteht ein unmittelbarer Zusammenhang zum Fleischkonsum in Europa, den USA oder China, unter anderem auf Grund der großflächigen Produktion von Soja, das in der Agrarindustrie als Kraftfutter verwendet wird, um die Milch- und Fleischleistung von Vieh zu steigern. Sowohl die EU als auch die EFTA-Staaten haben ein Freihandelsabkommen mit den Mercosur-Staaten (Argentinien, Brasilien, Paraguay und Uruguay) unterzeichnet, mittels dessen Fleisch und Soja billiger, weil zollfrei, nach Europa importiert werden können. Die Wirtschaftslobby hüben wie drüben ist glücklich. Das Nachsehen haben die Wälder und alle Lebewesen, die auf sie angewiesen sind, wobei die Bevölkerung im Süden auch hier besonders stark betroffen ist: „Bolivien ist laut Statistik eins der Länder, das durch den Klimawandel am meisten gefährdet ist“, sagt Alejandra Crespo, „und wir verfügen nicht über die technologischen und finanziellen Mittel, um dessen Folgen zu bekämpfen.“ ■



Patricia Patiño vom APCOB



Anacleto Pinto: „Wir wissen nicht, wie unsere Kühe überleben sollen.“